

Kölner Institut will Mindestlöhne senken

Greenpeace: »SoJa nicht, Herr Seehofer«

Greenpeace fordert alle Verbraucher auf, Lebensmittel von 29 Firmen, die nicht eindeutig auf gentechnisch veränderte Zutaten verzichten, an Bundesgesundheitsminister Horst Seehofer zu senden. Die Verwendung solcher Rohstoffe oder Zusätze unterliegt keiner generellen Kennzeichnungspflicht. Den Auftakt der Aktion »SoJa nicht, Herr Seehofer« würden die über 200 000 Mitglieder der Greenpeace-Verbraucher-Kampagne »EinkaufsNetz« bilden, informierte Greenpeace am Dienstag in Hamburg.

Die Verbraucher werden auf spezielle Schokoladen, Zwiebacke und Dosen Speisen aufmerksam gemacht, deren Hersteller kein eindeutiges Nein zu gentechnisch manipulierten Bestandteilen abgeben. Die genannten Lebensmittel sollen die Verbraucher, nur mit einem Aufkleber versehen, an das Bundesgesundheitsministerium schicken.

Greenpeace fordert Gesundheitsminister Seehofer auf, die Zulassung für gentechnisch manipulierte Soja zurückzunehmen. Auf Aktionsbriefe der Greenpeace-Verbraucher-Kampagne hatten nach Angaben der Organisation rund 200 Lebensmittelunternehmen geantwortet, daß sie grundsätzlich beziehungsweise derzeit keine gentechnisch manipulierten Rohstoffe einsetzen. 29 Firmen waren gegenüber den Verbrauchern nicht zu einer klaren Aussage bereit. Sie werden von Greenpeace auf einer grauen Liste veröffentlicht.

Neue Brisanz in die Debatte um Gentechnik in Lebensmitteln brachte Greenpeace, indem es die Ergebnisse eines Fütterungsversuchs von Gen-Soja an Milchkühe, der von der Firma Monsanto durchgeführt wurde, in der vergangenen Woche einer breiten Öffentlichkeit präsentierte. Die Umweltschützer berufen sich - durch Werbematerial der Soja-Industrie jetzt aufmerksam geworden - auf eine Fachveröffentlichung von Monsanto 1996 im Journal of Nutrition. Danach gab es bei mit gentechnisch veränderter Soja gefütterten Kühen eine »geringe, aber statistisch signifikante Erhöhung« der Milchfettproduktion im Vergleich zu Kühen, die mit herkömmlicher Soja gefüttert wurden. Damit sei bewiesen, daß Gentech-Soja Nebenwirkungen habe, die weder Industrie noch Politik erklärten. Weil dieser Unterschied bei der Zulassung nicht berücksichtigt wurde, sei jetzt die rechtliche Grundlage für die Verarbeitung von Gentech-Soja in Lebens- und Futtermitteln in Frage gestellt.

Minister Seehofer werde aufgefordert, die eingesandten Lebensmittel zu untersuchen und damit den Verbrauchern Antwort auf ihre Frage zu geben.

(ots/jW)

Öffnung der Tariflöhne nach unten brächte angeblich bis zu 4,7 Millionen Jobs

Mit einer Öffnung der Tariflöhne nach unten könnten in Deutschland nach Angaben des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) in Köln bis zu 4,7 Millionen neue Arbeitsplätze im Niedriglohnsektor entstehen. Vor allem in den Dienstleistungsbranchen bestehe nach der am Dienstag veröffentlichten Analyse ein zusätzlicher Bedarf an gering qualifizierten Arbeitskräften. Internationale Statistiken wiesen etwa für die USA und selbst für Dänemark mehr als 340 Dienstleistungs-Arbeitsplätze je 1 000 Einwohner aus. In Deutschland seien es dagegen nur rund 270. Gemessen an den amerikanischen Beschäftigungsstrukturen ließen sich in der Bundesrepublik schätzungsweise 3,8 Millionen Dienste-Jobs für Geringqualifizierte schaffen, erklärte das Kölner Institut.

Als eines der größten Hindernisse für das Ausschöpfen des Arbeitsplatz-Potentials für Geringqualifizierte betrachten die IW-Wirtschaftsforscher den angeblich zu hohen Mindestlohn in Deutschland. Während hierzulande der Mindestlohn bei 55 Prozent des Durchschnittsverdienstes liege, erreiche er in den USA lediglich 39 Prozent. Derzeit verdiene gut ein Viertel aller amerikanischen »Arbeitnehmer« weniger als den westdeutschen industriellen Mindestlohn. Selbst unter der Annahme, daß der Mindestlohn im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt um 20 Prozent niedriger liege als im Verarbeitenden Gewerbe, bliebe immer noch eine mindestlohnbedingte Beschäftigungs-Lücke von bis zu 4,7 Millionen Arbeitsplätzen.

(ddpADN/jW)

<https://www.jungewelt.de/artikel/1723.koelner-institut-will-mindestloehne-senken.html>